

## Von der Macht befreiender radikaler Realpolitik

Beitrag zum Workshop „Von G8 fordern oder G8 delegitimieren.  
Welche Politik wollen wir?“

Drei Schritte vorwärts und einen zurück

### Die Ausgangsthese:

Darf man mit den G8 verhandeln? Jürgen Meier vom *Forum Umwelt & Entwicklung* setzt auf eine Doppelstrategie, ein Sowohl-als-auch, auf „Druck der Straße“ und auf die „besseren Argumente“ der Lobbyisten gegenüber den Herrschenden<sup>1</sup>. Die *Bundeskoordination Internationalismus* setzt dem entgegen: „Wer die G8 als Adressatin von Lobbying legitimiert, unterläuft radikale Forderungen und Ansätze, die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich in Frage zu stellen ...“<sup>2</sup> Auch aus den Erfahrungen mit einer kommunistischen Diktatur heraus plädiere ich gegenüber diesen zwei Positionen für eine Politik, die mit Rosa Luxemburg „im vollsten Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik*“<sup>3</sup> sein sollte und – möchte ich in ihrem Geiste hinzufügen – *befreiende* revolutionäre Realpolitik. Ich möchte revolutionär hier verstehen als radikal, als an die Wurzel gehend (Karl Marx). Es geht dabei nicht um Realpolitik, deren Praxis- und Effizienzversprechen nur deshalb immer wieder wirkt, weil sie jeden transformatorischen, also utopischen Anspruch zugunsten der immer gleichen Wiederholung des Hier und Jetzt aufgegeben hat, sondern um eine Realpolitik, die reale Transformation bewirkt. Es geht also *nicht* um einen Reformismus, der auf der Stelle tritt, sondern um Politik von Menschen, die vorwärts gehen und sich und ihren Weg dabei zugleich befragen. Was aber meint befreiende radikale Realpolitik? Dazu möchte ich drei Schritte vorwärts gehen, um dann einen zurückzutreten.



### Erster Schritt vorwärts – vergewissern wir uns über die Welt, in der wir handeln:

Wir handeln aus einer Situation heraus, die der *Reformierte Weltbund* von Christinnen und Christen in seiner Erklärung von Accra, angesichts der Verliese, von denen aus Sklaven in die westliche Welt verschifft wurden, als eine „von Sünde entstellte Welt“ bezeichnet. Ein Prozent der Menschheit verfügt über ein Einkommen so hoch wie 57 Prozent der Weltbevölkerung, 24 Tsd. Menschen sterben täglich an den Folgen von Armut und Unterernährung. Rd. 700 Tsd. Tote haben die Kriege in Afghanistan und Irak seit 2001 gefordert. Vier Millionen Irakis mussten ihre Wohnungen und Häuser verlassen - eine/r von sieben. Jede/r zweite ist mittlerweile auf der Flucht und hat das Land verlassen. Kuwait hat seine Grenze dicht gemacht; Saudi Arabien baut einen Grenzzaun für 7 Mrd \$, um die Irakis draußen zu halten. Die USA haben seit Kriegsbeginn 500 Flüchtlinge aufgenommen. Jede Stunde stirbt eine Tier- oder Pflanzenart für immer aus. Die neoliberale Globalisierung, die Vormacht des Finanzmarkt-Kapitalismus, die Entlassung des kapitalistischen Privateigentums aus allen sozialen Verpflichtungen, imperiale Vormacht und imperialistische Kriege prägen diese Welt.

Ausgangspunkt unseres Voranschreitens könnte eine radikale Kritik sein, die aufzeigt, dass die Überwindung der Grundprobleme der gegenwärtigen Welt, von Elend, Unterdrückung und Krieg, nicht ohne die Überwindung der Kapitaldominanz über unsere Gesellschaften und unser Leben möglich ist. Bei jedem Protest, bei jeder Forderung, bei jeder Verhandlung geht es immer um Macht und Eigentum, genau deshalb sind sie so schwierig. Wenn wir verdrängen oder vergessen, dass wir eine grundsätzliche Transformation der Gesellschaft anstreben, haben wir verloren, bevor wir begonnen haben. Wenn wir aber nicht derart weltvergessen sind, dann können wir auch eine *radikale* Politik begründen, die auf die Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse zielt, eine radikale Politik, die an die Wurzel unserer Existenzweise geht.

<sup>1</sup> Jürgen Maier: Wer nichts fordert, erreicht auch nichts. FR, 19. Mai 2007.

<sup>2</sup> Buko: Mehr als ein Gipfelsturm. Ebenda.

<sup>3</sup> Rosa Luxemburg: Karl Marx. Werke, Bd. 1.2, S. 373.

## Zweiter Schritt vorwärts – befragen wir unser eigene Stellung:

Die meisten von uns, die sich hier versammelt haben, sind in diesem Land politisch eine Minderheit - sozial aber sind wir es in dieser Welt erst recht: Denn wir sind privilegierte Teilhaber dieser Weltordnung. Wir sind begünstigt vom ungerechten Welthandel und kaufen sehr oft Produkte, auf denen stehen müsste – Stundenlohn der Arbeiterin unter der Armutsgrenze. Wir entnehmen der Natur mehr, als sie verträgt. Zur Herstellung von einem Paar Jeans werden 32 Kilogramm Naturgüter, viele Pestizide und 8000 l Wasser verbraucht. Und wir selber sind mit der Produktions- und Lebensweise in Deutschland Komplizen dieser ungerechten, unsere Lebensgrundlage zerstörenden Entwicklungsform. Gleichzeitig fehlen uns soziale Sicherheit, Unabhängigkeit und Muße für ein selbstbestimmtes Leben und Lieben.

Unser Protest gegen die Politik der G8 ist erstens Protest gegen unsere eigene privilegierte Knechtschaft und Befreiung aus dieser selbst verschuldeten Unmündigkeit. Radikale Kritik ist nicht ohne radikale Selbstkritik möglich. Wie Frigga Haug bezogen nicht nur auf die Arbeiterbewegung feststellt, bedeutet solche Politik für die Unterdrückten, dass sie „zugleich gegen sie gemacht werden muss, dass also ein Kampf um die Köpfe und Gefühle ebenso Bestandteil von revolutionärer Realpolitik sein muss“<sup>4</sup> – vor allem auch um unsere eigenen Köpfe und Gefühle. Wir brauchen deshalb eine *Politik der Befreiung und Selbstbefreiung*, der Überwindung der eigenen verinnerlichten Knechtschaft und des Komplizentums sowie unserer Bereitschaft, auch das Schrecklichste noch hinzunehmen. (*Aus dem Bericht eines FBI-Beamten über die Verhörpraxis im US-amerikanischen KZ Guantanamo: „Bei mehreren Gelegenheiten kam ich in den Verhörraum und sah Gefangene am Boden liegen, an Händen und Füßen festgekettet, ohne Stuhl, Essen oder Wasser. Meistens waren sie mit ihrem eigenen Urin oder Kot beschmutzt und blieben so 18, 24 oder mehr Stunden liegen. Als ich einmal in den Raum kam, war die Air Condition so weit heruntergedreht und die Raumtemperatur so eisig, dass der Häftling, der barfuß war, vor Kälte schlotterte. [...] Wieder ein anderes Mal war nicht nur die Temperatur unerträglich heiß, im Raum wurde auch seit dem Vortag extrem laute Rap-Musik gespielt. Der Häftling war mit Händen und Füßen in Fötus-Position an den Fliesenboden gekettet.“*<sup>5</sup>)

Befreiende Politik meint zweitens auch, dass die Politik selbst eine Befreiung sein muss – hin zu einem anderen Leben, Arbeiten, Lieben. Rosa Luxemburg insistierte deshalb auf der Freiheit der Andersdenkenden, weil ohne diese Freiheit jedes Denken aufhört. Sie klagte ungehemmte Demokratie ein, weil, so schrieb sie 1918: „Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürrig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt. Wie dort politisch, so auch ökonomisch und sozial. Die ganze Volksmasse muss daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert.“<sup>6</sup> Befreiende Politik misst sich deshalb auch am Maß radikaler Demokratie, die sie freisetzt. Befreiende Politik ist konkret, nicht abstrakt – und sie nimmt, das ist besonders schwierig, auch in Kauf, dass Selbstveränderung und Selbstbefreiung selbst ein Prozess ist, der Brüche und Dauer, Sprünge, aber auch große Geduld kennt.

## Dritter Schritt vorwärts – analysieren wir unsere politische Situation:

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am 24. Mai im Bundestag erklärt: „Wer friedlich protestiert, dessen Anliegen ist nicht nur legitim, sondern er findet auch unser Gehör.“ Dies ist eine doppelte Anmaßung: Nicht sie entscheidet, was legitim ist, und wir sind auch nicht hier, damit wir von ihr gehört werden. Wir sind hier, weil wir die wirtschaftliche, die politische, die militärische Ordnung dieser Welt für illegitim halten, und wir wollen, dass diese Botschaft die Völker der Welt hören. Die G8 sind der regierende Kopf einer Tyrannei, hinter der die Herrschaft der Wenigen, der Mächtigen, der Reichen steht. Diese Tyrannei ist illegitim – jedoch: Wer hat sie gewählt? In wessen Interesse handeln sie? Was sind die Ergebnisse ihres Tuns, wem nützen sie und wen verpflichten sie wozu?

Aber: Die Herrschaft der G8 ist illegitim, doch es ist eine reale Herrschaft. Sie zeitigt Wirkungen. Die Bewegungen für eine andere Welt handeln aus der aktuellen machtpolitischen Unterlegenheit heraus oder, wie Rosa Luxemburg es formulierte, es ist Politik der Beherrschten und nicht der Siegreichen<sup>7</sup>. Wir müssen gegen den Wind segeln. Dies bedeutet: Die G8 sind für die globalisierungskritischen solidarischen Bewegungen kein gleichberechtigter Verhandlungs- oder gar Bündnispartner, sondern illegitime Herrscher. Der Pro-

<sup>4</sup> Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik. Hamburg: Argument-Verlag 2007, S. 73.

<sup>5</sup> <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/AlleDok/1D6206A5BCFD17CFC125702A003B1CCD?Open>.

<sup>6</sup> Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. Werke, Bd. 4, S. 360.

<sup>7</sup> Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution. Werke, Bd. 1.1, S. 433.

test gegen das G8-Treffen zielt darauf ab, die Hegemonie des Neoliberalismus zu überwinden. Es geht vor allem auch darum, den Herrschenden das Recht darauf streitig zu machen, sie sprächen im Namen nicht nur der Reichen, sondern der Weltbevölkerung insgesamt. Unsere Botschaft an die G8 ist: Ihr habt kein Recht für die zu sprechen, die durch Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Arbeitszwang wie Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Kriege bedroht sind. Die Stärke der Schwachen kommt nicht aus Gewehrläufen. Ihre Stimmen, ihre Vielheit, ihre Solidarität und freie Kooperation, ihre der Wirklichkeit der Probleme gerecht werdende Radikalität, also ihre Möglichkeiten und ihre Risikokraft sind ihre Macht und Stärke. Gerechtigkeit definiert sich von unten.

Unsere Forderungen nach Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen oder Schuldenerlass und evtl. Beschlüsse der G8, die dies zum Inhalt haben, sind selbst bei sachlicher Identität politisch anders gerichtet – auf die Überwindung der Kapitaldominanz. Genau dieser Gegensatz darf niemals zum Verschwinden gebracht werden. Wer sich im globalen Gefüge der G8 um einen der Sache gewidmete Lobbyismus bemüht oder um konkrete Aushandlungen kämpft, der geht nicht nur davon aus, dass die G8 noch die exekutive Gewalt, noch die Macht über das Kapital, die Medien, das Militär hat, sondern es geht ihm, versteht er seinen politischen Ansatz als radikale Realpolitik, darum, diese Macht zu überwinden. Wir müssen Bedingungen schaffen, die es diesen G8s nahe legen, um ihres egoistischen Selbstinteresses willen Zugeständnisse zu machen. Und jeder Fortschritt, der dabei erzielt wird, ist den Herrschenden abgetrotzt, weil sie nur dann ihre Politik ändern, wenn sie ohne eine solche Veränderung noch schwächer werden als mit einem solchen Wandel. Auch dies macht befreiende radikale Politik aus einer Situation der machtpolitischen Unterlegenheit erst zur *Realpolitik*.

### **Ein Schritt zurück – protestieren oder kooperieren, ein- oder mehrgleisig handeln?**

Unser Protest gegen die G8 und unser Gegengipfel als Aufklärung und Selbstbefreiung sind zwei Seiten einer Medaille. Es ist der Versuch, uns selbst als solidarische Weltbürgerinnen und Weltbürger zu konstituieren. Es ist ein Schritt zur Mündigkeit. Wir sagen den G8, dass sie keine Legitimität haben, für die Menschheit zu sprechen. Und wir wollen gemeinsam Projekte der Veränderung entwickeln, die vor allem auch von uns verlangen, anders zu arbeiten, zu essen, zu reisen, zu fühlen, zu denken, zu leben, zu lieben. Unser Nein ist ein Nein zur illegitimen Herrschaft der G8 und zu unserer eigenen illegitimen Lebensweise. Es ist ein Ja, uns zu öffnen für eine andere Art des Zusammenlebens in Pluralität und Kreativität.

Die Stärke der Institutionen globaler kapitalistischer Macht liegt erstens darin, dass sie hegemonial sind im Sinne der Fähigkeit, „eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen“<sup>8</sup>. G8, WTO, IWF, USA und NATO beanspruchen für sich, Freiheit und Menschenrechte durchzusetzen, gesellschaftliche Produktivität ungekannten Ausmaßes freizusetzen, realistische Projekte der politischen Gestaltung der Globalisierung im Interesse breiter gesellschaftlicher Gruppen zu realisieren. Auch angesichts der großen Krisen dürfen wir die relativen Erfolge dieser Strategie nicht unterschätzen. Sie hat nicht nur die Wirklichkeit der Macht als Argument, sondern auch die immer widersprüchliche, ambivalente Macht der Verwirklichungen der halbierten Versprechungen auf ihrer Seite. Die Stärke dieser Institutionen liegt zweitens darin, dass Alternativen so schwach sind, denn: Selbst der schlechteste Zustand kann sich solange halten, wie es keine überzeugenderen Alternativen gibt. Deshalb müssen wir praktisch an Alternativen einer anderen, einer höheren, einer menschlichen und umwelterhaltenden Produktivität arbeiten, die die gesellschaftlichen Gruppen der bedrohten Mitte und des abgehängten Unten in Deutschland und global in einer solidarischen gerechten Weise verbindet. Wir müssen zeigen: Es geht anders und es geht besser, viel, viel besser.

Eine radikale Realpolitik ist radikal, weil sie darauf zielt, dass die, die unten sind, nicht mehr so wollen wie bisher, und die, die oben sind, es nicht mehr können. Dies kann ein langer Weg sein, einer, der durch viele Niederlagen und manche Teilsiege hindurch führt. Die verschiedenen Formen der Auseinandersetzung mit der herrschenden Weltordnung sind nicht gleichwertig, aber Verhandeln kann legitim sein. Wichtig sind Einbettung, Art und Weise und Resultat. Entscheidend ist für mich, ob sie zum Einstieg in den Ausstieg beitragen – aus der imperialen, der kapitalistischen, der patriarchalen, der umweltzerstörenden Weise der Globalisierung.

Dies bedeutet zum Beispiel in Deutschland: Der Beitrag der USA zur Befreiung Deutschlands im II. Weltkrieg ist unvesen! Wir haben sehr wohl Grund anzunehmen, dass ihre Schutzmacht nach 1945 besser war als die der Sowjetunion. Aber jetzt, da die Regierung der USA einen grausamen Krieg auch von deutschem Boden aus führt, sollte es heißen: keine Militärstützpunkte der USA in Deutschland, Europa oder anderswo. Schluss auch damit, dass unter Verletzung des Grundgesetzes diese Kriege durch Deutschland unterstützt werden. Kein Mann und kein Euro für militärische Interventionen, Schluss mit diesen Kongo- und Hindu-kusch-Abenteuern. Und wir brauchen keine NATO, die sich zur Weltmilitärorganisation aufschwingt. Einstieg

<sup>8</sup> Ulrich Brand; Christoph Scherrer: Contested Global Governance. Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Governance. [http://www.renner-institut.at/download/texte/brand\\_scherrer.pdf](http://www.renner-institut.at/download/texte/brand_scherrer.pdf).

in den Ausstieg bedeutet auch: Kampf um bedarfsorientierte Grundsicherung auf allen Gebieten – bei den Löhnen, der Bildung, Gesundheitsvorsorge, regionaler Entwicklung, den Renten. Ein konkretes Ziel sollte sein: Kostenlose Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs durch jede und jeden, damit die Blechlawinen endlich zum Erliegen kommen. Ausbau einer staatlichen Deutschen Bahn als Grundlage des allgemeinen Güter- und Personenfernverkehrs. Angabe des Verbrauchs an Umweltgütern auf jeder Ware, damit wir ihren „ökologischen Rucksack“ kennen: Ein Goldring von fünf Gramm kosten zwei Tonnen Natur, bei einem kleineren Auto sind es sieben Tonnen. Und Einstieg in den Ausstieg bedeutet vor allem: Globale Solidarität, Erarbeitung von Projekten gemeinsamer Entwicklung – nicht zuletzt in Gestalt des kostenfreien Transfers der wesentlichen Basistechnologien, und dies nicht nur für die Herstellung von Generika gegen Aids.

Wir brauchen keine eingleisige und auch keine „mehrgleisige“ (Jürgen Maier) Politik, sondern eine dialektische Politik, die darauf abzielt, drei Dinge zugleich zu erreichen – Delegitimierung der herrschenden Macht, soziale, ökologische, demokratische Veränderungen und schließlich auch Umwälzung unserer eigenen Produktions- und Lebensweise sowie der Eigentums- und Machtverhältnisse, auf denen sie gegründet sind. Das Sowohl-als-auch von Protest und Lobbying wird zum Weder-noch, da schnell zugleich Wille wie Macht zur wirksamen Veränderung aus der Position der Unterlegenheit heraus verloren gehen. Radikale Realpolitik dagegen zielt auf die radikale Veränderung der Grundlagen unseres eigenen Handelns, der Stärkung der Kräfte für eine andere Welt. Forderungen und Verhandeln bedürfen ihrer Einbettung in eine befreiende, eine radikal demokratische Politik. Das Wirken auf die und auch in den herrschenden Institutionen, soll es seine emanzipative und solidarische Kraft nicht verlieren, ist keine gegenüber der radikalen Kritik, dem Protest, der Selbstinfragestellung, dem Transformationsanspruch gleichberechtigte Form, sondern ihr *dienend untergeordnet*. Und nur in dieser Funktion wird es auch gebraucht.

*Wie sagte Arundhati Roy in Porto Alegre im Januar 2005: „Die Revolution der globalen Allmacht wird in sich zusammenfallen, wenn wir uns weigern, das zu kaufen, was sie verkauft – ihre Ideen, ihre Geschichtsversion, ihre Kriege, ihre Waffen, ihre Vorstellung von Unvermeidlichkeit. Denkt daran: Sie brauchen uns mehr als wir sie. Eine Andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist unterwegs. An einem ruhigen Tag kann ich ihr Atmen hören.“<sup>9</sup>*



#### **Anhang: Was bedeutet das Verständnis von befreiender radikaler Realpolitik für die Rosa-Luxemburg-Stiftung?**

1. Für uns als parteinahe Stiftung der sich gründenden Partei *Die Linke* sind die Partner in Deutschland, Europa und global vor allem soziale Bewegungen, Basisinitiativen, Organisationen der *popular education*. Das steuerfinanzierte Privileg soll in erster Linie jenen zugute kommen, die von unten befreiende Aufklärung und politisches Eingreifen betreiben.
2. Unsere kritische Gesellschaftsanalyse richtet sich auf die Frage, wie dazu beigetragen werden kann, die globalen Kämpfe so zu verdichten, dass Bündnisse über soziale, kulturelle, regionale Unterschiede hinaus möglich werden, dass die im Hier und Heute ansetzenden Kämpfe zu einer den Kapitalismus überwindenden Transformation beitragen können.
3. Unsere politische Bildung zielt vor allem darauf ab, die Bedingungen dafür zu verbessern, dass sich Bürgerinnen und Bürger der Verbindung eigener persönlicher Erfahrungen, Hoffnungen, Gefühle mit den sozialen Problemen bewusst werden und ihre Fähigkeiten entwickeln, auf solidarische Weise gesellschaftlich einzugreifen und sich selbst dabei zu emanzipieren.
4. Unsere Förderung von Studierenden und Promovierenden richtet sich vor allem an jene, die ihre Begabungen einsetzen wollen, kritische Gesellschaftsanalyse und eingreifendes Denken miteinander zu verbinden.

<sup>9</sup> "Wie widerstehen wir der Weltherrschaft? Nachdenken über eine andere Welt. Die Rede von Arundhati Roy auf dem Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre (Auszug)  
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/roy.html>.